

Republik Österreich

~~\_\_\_\_\_~~  
Dr. Johannes Ditz  
Wirtschaftsminister

Wien, am 28. Juni 1995  
GZ: 10.101/200-Pr/10a/95

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W I E N

XIX. GP.-NR

1039/AB

1995 -06- 2 9

Z10

1093 13

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1093/J betreffend Gendarmerieposten Deutschlandsberg, welche die Abgeordneten Ute Apfelbeck, Schöll, Dr. Partik-Pablè am 8. Mai 1995 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Ist Ihnen der o.a. Sachverhalt bekannt?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

In Deutschlandsberg soll ein Bundesamtsgebäude über die Bundesimmobiliengesellschaft erstellt werden. Das Innenministerium hat aufgrund der relativ hohen Mietkosten Alternativen gesucht.

Republik Österreich

Dr. Johannes Ditz  
Wirtschaftsminister

- 2 -

**Punkte 2 und 3 der Anfrage:**

Hat es für dieses Bauvorhaben eine öffentliche Ausschreibung gegeben?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hat, wieviele Firmen haben sich daran beteiligt?

**Antwort:**

Für die Alternativprojekte hat es keine öffentliche Ausschreibung gegeben, weil diese Projekte dem Innenressort von privaten Unternehmern zur Miete angeboten wurden.

**Punkt 4 der Anfrage:**

Aus welchen Gründen wurden dem zweiten Planungswerber die Ausschreibungsunterlagen verweigert?

**Antwort:**

Es hat keine Ausschreibung und damit auch keine Ausschreibungsunterlagen gegeben. Grundlage des Mietangebotes der privaten Unternehmer war der Flächenbedarf (Raum- und Funktionsprogramm) des Innenressorts.

**Punkte 5 bis 7 der Anfrage:**

Ist der Bauauftrag bereits vergeben?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, welche Firma wurde mit diesem Vorhaben betraut?

Aus welchen Gründen wurde diese Firma mit diesem Vorhaben betraut?

Republik Österreich

  
Dr. Johannes Ditz  
Wirtschaftsminister

- 3 -

**Antwort:**

Die Vergabe eines Bauauftrages ist nicht vorgesehen. Der ins Auge gefaßte Abschluß eines Mietvertrages zur Anmietung von Räumen ist nicht erfolgt, weil die dafür erforderliche Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen noch ausständig ist.

